

sch, die große Nachfrage aufzuweisen, das absolute Maß des Sturzes der Kapitalistenklasse aufzuzeigen. Das Begreifen der Notwendigkeit des Kampfes um Lohn und Arbeitszeit oder zur Verhinderung einer Verleumdung des Wahlsystems, mit einem Wort das Begreifen der Notwendigkeit des Kampfes um soziale und politische Reformen ist das Begreifen der Notwendigkeit selbständiger Klassenpolitik des Proletariats. Das Bewußtsein von der Notwendigkeit selbständiger Klassenpolitik produziert den Willen zur selbständigen Dirigierung der Geschichte. Dieser Willen muß mit dem Willen der Kapitalistenklasse, deren Herrschaft den Abbau der noch bestehenden sozialen und politischen Reformen verlangt, in klarster Form zusammenstoßen. In den fortwährenden und — durch den Imperialismus bedingt — auf ständig erweiterten Ebenen der gemeinsamen Zusammenstöße zwischen den Interessen der Kapitalistenklasse und denen der Arbeiterklasse muß sich schließlich bei der Mehrheit der Arbeiter das Bewußtsein von der Notwendigkeit des Kampfes der Kapitalistenklasse bilden. Die Lebensbedingung der Kapitalistenklasse ist die Lebensbedingung der Proletariats. Das Bewußtsein der Notwendigkeit des Kampfes der Kapitalistenklasse ist die Lebensbedingung des Proletariats. In den Zusammenstößen des Zentralausschusses der Kommunistischen Partei Deutschlands bricht es:

„Gegen den Vorwärtismus der Partei, die das Proletariat mit der völligen wirtschaftlichen Verelendung und dem grenzenlosen politischen Unterdrückung „nicht einmal die kümmerlichen Reste der bürgerlichen Demokratie“ überlassen, propagiert und organisiert die KPD die Einheit des Proletariats als Klasse in den Betrieben und in den Gewerkschaften.“

Die Hauptaufgabe der KPD besteht in dieser Situation darin, in den unmittelbaren Tageskämpfen das deutsche Proletariat in der Arbeiterfront zu sammeln, als Bundesgenossen des proletarischen Frontkampfes zu gewinnen und die deutschen Kampfelemente zu gewinnen und die deutschen Kampfelemente gegen den internationalen Klassenkampf zu verbinden unter der Führung: Proletariat aller Länder, vereinigt euch!

Die Notwendigkeit des Zentralausschusses haben die Richtige dieser Sache anerkannt und ihren Inhalt konkretisiert. Die Situation klar ist. Das System Hindenburg wird offenbart. Offenbar wird es, daß die Arbeiterklasse, die Mittelschichten und die armen Bauern von dem in Deutschland herrschenden Monopolkapital der Schwerindustrie, der Banken und der Großgüterbesitzer Träger aller Kosten aus dem Dames-Pakt und um Kompensationsobjekt gegenüber dem Weltimperialismus für eine größere Selbstbestimmung der deutschen Bourgeoisie bestimmt sind. Die Wirtschaftspolitik, Steuer- und Handelspolitik der Weimarer-Regierung als Exekutive der Schwerindustrie, der Banken und der Großgüterbesitzer zeigt klar und deutlich den Willen der deutschen Bourgeoisie, die bürgerliche Klassenpolitik gegen die Arbeiterklasse zu treiben. Die „Reform“ der Verfassung die der deutschnationale Reichsinnenminister Schiele bereits angefangen hat, zeigt gleichfalls den Willen der Bourgeoisie, die bürgerliche Klassenpolitik gegen das Proletariat zu treiben. Die Eingliederung der deutschen Bourgeoisie in die offene Front des Weltimperialismus und Kapitalismus gegen die Sowjetunion zeigt ebenfalls diesen Willen. Die offensichtliche Abwanderung der Zentrumspartei in das schwarz-rot-rote Lager, die Gründung der sogenannten Liberalen Vereinigung als einflussreiches Bündnis zwischen der deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten und die Werbung der Volkspartei um die Sozialdemokratie als letztes Glied der „großen Volksgemeinschaft“ offenbaren die Bildung der großen bürgerlichen Klassenfront zur Durchsetzung aller ihrer Ziele gegen die Arbeiter, die Kleinbauern und Mittelschichten und die Sowjetunion. Gegenüber dieser Klassenfront der deutschen Bourgeoisie ist die Bildung der Arbeiterfront des Proletariats mit den armen Bauern und den proletarisierten Mittelschichten als Bundesgenossen eine geschichtliche Notwendigkeit. Die Aufgabe der kommunistischen Partei besteht darin, die Arbeiterklasse, die proletarisierten Mittelschichten und die armen Bauern gegen die Ausplünderung und Raubpläne der Kapitalistenklasse zu mobilisieren. Diese Mobilisierung ist gleichzeitig die Mobilisierung der Massen gegen den treulichen Diener der Bourgeoisie: die Sozialdemokratie. Diese Mobilisierung ist die Mobilisierung der Massen für die nationale und internationale gewerkschaftliche Einheit.

## Das deutsche Aufmarschgebiet gegen Moskau

Der Sinn der englisch-französischen Garantievereinigung.

Die englische und französische Regierungen bringen zwar zum Teil abweichende Kommentare zu der englisch-französischen Einigung über das Sicherheitsangebot Deutschlands. Jede der beiden Regierungen will nachweisen, daß sie alle ihre Grundzüge aufrechterhalten hat, wobei Frankreich auf die Bewachung seiner östlichen Grenzen und England auf die Bewachung der Dominions bedacht ist. So viel ist aber klar, daß trotzdem die Vereinbarungen nur noch sehr allgemeine sind, diese auf Kosten Deutschlands gehen, und, was den allerwichtigsten Punkt anbelangt,

ein freies Durchmarschgebiet für französische Truppen durch das entmilitarisierte Rheinland vorsehen, d. h. das Rheingebiet und somit ganz Deutschland im Rahmen des Völkerbündnisses zu einer militärischen Basis im Krieg gegen Sowjetrußland umgestalten.

Bezeichnenderweise stellt sowohl das englische Regierungsorgan „Times“ als auch die französische Regierungsjournal „Matin“ die Frage, ob die Hindenburg-Regierung nunmehr die Wahl habe, sich den Westmächten anzuschließen und in den „europäischen Konvent einzutreten“ oder aber sich nach Moskau hin zu orientieren. Durch den Pakt werden dem französischen Imperialismus zahlreiche Hindernisse zur Verhängung neuer militärischer Sanktionen gegen Deutschland offen gelassen. Ob und wann diese Sanktionen eintreten, hängt vom englisch-französischen Machtkampf ab. Der regierungsoffizielle Pariser „Matin“ trifft zum Teil das Richtige, wenn er höhnisch bemerkt: „Als das Berliner Kabinett seine Vorschläge machte, habe es sich vielleicht die Konsequenzen etwas anders vorgestellt.“

Die „Zeit“, das Organ des deutschen Außenministers, schreibt Dienstag morgen: „Nach dem Beitritt dieser Vereinbarung würde England Frankreich zugestanden haben, daß beispielsweise im Falle eines Angriffs auf Polen (wollt sagen: auf Moskau auf Rußland) Die Reduktion.“

Frankreich sich der entmilitarisierten Rheinlandzone als militärische Basis bedienen könnte. Das würde Deutschland einfach als Operationsbasis für Frankreich preisgeben.“ Das selbe Organ schreibt am Dienstagabend mit der Schlagzeile „Auf Kosten Deutschlands“: „Die Formel für die französisch-englische Einigung sei in der Zustimmung Englands zu dem französischen Verlangen gefunden worden, das Rheinland und darüber hinaus ganz Deutschland als Etappen- und Aufmarschgebiet denungen zu dürfen. Frankreich und England haben aus dem Friedenspakt einen Krieg“

paß gemacht, einen Pakt, der Deutschland zum Tummelplatz für die imperialistischen Leidenschaften zu machen droht.“ Zum Schluß wird mit spanischem Stolz erklärt: „Treffliche sind im Krieg um einen Pakt für die Sicherheit Frankreichs nicht. Sollte etwas anderes kommen, so muß dies ein Produkt der freien Vereinbarung auf Grund lokaler Verhandlungen sein.“ (1)

Diese Forderung ist ja so bekannt. Jedes Ententemitglied wurde bisher mit der berühmten Forderung nach „Verhandlung“ entgegengenommen und schließlich geschickt. Man konnte in derselben „Zeit“ die Artikel, die vor dem Londoner Pakt geschrieben worden sind, nachlesen, sie enthalten wahrscheinlich genau dieselbe Sache.

Die deutsche arbeitende Bevölkerung aber muß fordern, daß mit dem Paktieren mit den Westmächten Schluss gemacht wird. Nur das enge Bündnis mit Sowjetrußland gegen die Räuberimperialisten bleibt offen.

## Die SPD. schweigt über die Amnestie!

Die Frauendelegation der SPD. öffentlich ausgefordert, für die Freilassung der politischen Gefangenen einzutreten.

Die SPD. hat den Opfern der Klassenjustiz keine Antwort gegeben!

Die SPD. will also, daß die deutsche Justizhande weiter bestehen bleibt!

Proletariat! Gebt ihr die Antwort! Kämpft für die Freilassung aller proletarisch-politischen Gefangenen!



## Ungeheures Klassenurteil im Schiffbeder Hochverratsprozeß

Hamburg, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Mittwoch nachmittag wurde im 6. Schiffbeder Hochverratsprozeß gegen den Oktoberaufruf das Urteil gefällt.

2 Angeklagte wurden freigesprochen, 23 Angeklagte wurden zu insgesamt 41 Jahren 5 Monaten Festung und hohen Geldstrafen verurteilt.

Vor der Urteilsverkündung gab es schwere Zusammenstöße zwischen Gericht und Angeklagten, weil diese statt der tags zuvor vorbereiteten roten Frontkämpferabzeichen rote Keifen angeheftet hatten. Unter den Angeklagten befindet sich einer, bei dem das Gericht als erwiesen zugeben mußte, daß er durch einen heimtückischen Mordanschlag schwer verletzt und dauernd erwerbsunfähig geworden wurde, als er schon in der Gefangenschaft war. Gegen den Mordanschlag hat das Gericht natürlich nichts getan. Gegen einen anderen Angeklagten wurde das Urteil auf den Antrag des Staatsanwaltes um 1 Jahr erhöht. Der Genosse wurde zu 3 1/2 Jahren verurteilt, weil er wegen Teilnahme an der Märzaktion schon mit 21 Monaten Zuchthaus bestraft worden war.

## Die Arbeitermörder von Halle immer noch in Freiheit

Halle, 10. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Oberleutnant Preißner, der Mörder von Halle, ist immer noch auf freiem Fuß, obwohl der „Klassenkampf“ auf Grund der zahlreichen vorhandenen Zeugnisaussagen immer wieder die Verhaftung fordere geäußert hat. Nach uns vertraulich zugegangenen Mitteilungen ist Preißner jetzt dem Kommando der hiesigen Schutzpolizei zugewiesen und damit die rechte Hand des Kommandanten Majors Brunnengraber geworden. Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend werden im Volkspark, wo Preißner seine Werdarbeiten begangen hat, Totaltermine stattfinden.

## Keine Arbeitsteilung zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten

Kudolf Reichardt schreibt in der Breslauer Volkszeitung über die Entwarnung und die Räumung. Er entwickelt die bekannte Stellungnahme der SPD., daß man unterscheiden solle, eventuell verhandeln, aber wenn, dann flott. Er hofft, daß die Parteileute ihre „Gefühlsregung“ „zurückstellen“ und in den lauten Tönen der Unterwerfung beistimmen und so weiter.

Der Kern seiner Ausführungen besteht darin, daß er vertritt, die Sozialdemokratie werde den Deutschnationalen nicht die Kastanien aus dem Feuer holen, sondern diese müßten selbst das Entwarnungsgedicht annehmen.

Das muß man seinageln. Historisch ist, daß die SPD. das Gegenteil von dem zu tun pflegt, was sie vorher sagt.

Wenn spanischer Handelsvertrag rettete die SPD. die Luther-Regierung und half so den Deutschnationalen, sich vor der Verantwortung zu drücken. Vorher hat sie ähnlich geredet, wie Reichardt es jetzt tut.

Wir werden jedenfalls nicht vergessen, daß die SPD. sagt, sie wolle den Deutschnationalen nicht die Kastanien aus dem Feuer holen, sondern diese zwingen, selber dem Entwarnungsgedicht zuzustimmen.

Und dann werden wir sehen, was sie tun wird.

## Wirtschaftskämpfe auf der ganzen Front

München, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Arbeiter der bayerischen Metallindustrie sind von Ausplünderung bedroht. Der Arbeitssinn hat bisher den Schiedsgericht nicht für verbindlich erklärt, weil die Arbeitgeber erklärt hatten, sie würden in diesem Fall die Arbeiter ausplündern. Die bayerischen Metallarbeiter beharren aber auf einer allgemeinen Lohn-erhöhung.

Berlin, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Bei den Elektrizitätswerken Bergmann-Berlin traten 250 Arbeiter in den Streik.

Weimar, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Hier trat das technische Personal des Deutschen Nationaltheaters wegen Ab-kehrung einer behelfsmäßigen Lohnerhöhung in den Streik. Es konnten keine Vorstellungen stattfinden.

Wien, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Auf der Reinholdstraße des Stahlwerkes Pöcher in Wien traten die Arbeiter in den Streik und wurden deshalb teilweise entlassen. Wahrscheinlich wird der ganze Betrieb zum Erliegen kommen, weil das Werk von der Arbeit der Arbeiter abhängig ist.

Stuttgart, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In Reutlingen streikten die Güterbahnarbeiter wegen Lohnminderungen. Die Reichsbahndirektion Stuttgart verfügte, daß Technische Kontrolle am Entladen der Wagen eingehalten wird.

Stuttgart, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Eine außerordentliche Betriebsversammlung der Holz- u. G. beheldete Lohnminderungen, jede Heberarbeit zu verweigern bis zur Erledigung des Lohnstreiks.

## Bersäuerung des Hafenarbeiterstreiks in Duisburg

Duisburg, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Lage im Hafenarbeiterstreik hat sich verschärft, da die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter nicht kategorisch ablehnten.

Duisburg, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Einigungs- verhandlungen zwecks Beendigung des Kranauführer- und Hafen- arbeiterstreiks sind gescheitert, weil die Unternehmer nach Wiederannahme der Arbeit verhandeln wollten und unbedingt auf Lohnminderungen beharrten. Darauf haben in 1 überfüllten Versammlungen die Streikenden geschlossen bis auf den letzten Mann Weiterführung des Streiks beschlossen.

## Die englische Arbeiterpartei gegen den Sicherheitspakt

London, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Daily Herald“ schreibt: Die Arbeiterpartei wurde sich geschlossen gegen den englisch-französischen Sicherheitspakt ausgesprochen. Die Arbeiterpartei wird die Garantien überhaupt nicht anerkennen. Ein Minister Macdonald erklärte, dieses Abkommen würde mit einer Reihe individueller Forderungen in verschiedenen europäischen Staaten hervorzurufen und eine Atmosphäre des Misstrauens schaffen. Die „Times“ schreiben, daß die Garantie ein Hindernis sei, um das französische Volk zu täuschen. Das Blatt veröffentlicht heute den Wortlaut des angeblich Streikmanns vom vergangenen Februar. Darin ist allerdings nur die Rede von einem totalen Pakt. Streikmann und seine Parteimitglieder sind von der Entente diplomatisch ebenfalls viel weitergekommen worden, als sie ursprünglich beabsichtigten.

## Wüten des weißen Schreckens in Bulgarien

Sofia, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Bei neuen Straßenkämpfen sind sieben Personen, darunter ein Parlamentsmitglied, getötet und mehrere Hundert verwundet worden. — Am 10. Juni soll ein seit zwei Jahren vorbereiteter Kommuniprospekt beginnen. Die Berliner Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld und Dr. Brandt sind bereits in Sofia eingetroffen, um die Verteidigung des seit zwei Jahren in Unterdrückung liegenden Sekretärs der KPD, Christo Kabaalichew, und seiner Mitangehörigen zu übernehmen. Über 600 Zeugen, darunter die Führer aller politischen Parteien Bulgariens, sind geladen. Die Justizpolizei hat 47 Personen wegen Organisation der materiellen Unterstützung für die Angehörigen der gefallenen und gestürzten Revolutionäre verhaftet. Im Bezirk Garmanli sind 200 Personen, darunter der kommunistische Führer und ehemalige Abgeordnete Zepolow, verhaftet worden.

## Genosse Doriot enthüllt die imperialistischen Pläne der französischen Regierung

Paris, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Alfred Doriot tritt seine Offensivenergie voran. Seine Truppen sind im Vorrücken auf Ulezan begriffen. In Algerien und Tunis wurden eingekerkerte Kommunisten verhaftet; sie werden vor Gericht gestellt wegen antimilitaristischer Propaganda unter den französischen Truppen. Die spanisch-französische Konferenz wird in Madrid am 18. Juni stattfinden. Poincaré beabsichtigt, sobald er von Toulouse, wo er gegenwärtig weilt, zurückgekehrt ist, in der Kammer auf eine weitere Interpellation des Genossen Doriot zu antworten. Die Humanität verbotentlich heute die Nachbildung eines Briefes, den der Kabinettchef Poincaré an den Chef des Reichs des Reichs geschrieben hat. Es geht daraus hervor, daß Marschall Pétain schon seit Januar vorigen Jahres den Krieg in Marokko vorbereitete und Verfügungen für Marokko in Paris haben verhandelt. Der Brief behauptet, daß die Agenten Poincarés in Paris haben verhandelt und auch bei den Sozialisten Paul Boncour und anderen Stimmung für den Marokkokrieg zu machen. Ferner ist der Brief, die Kämpfe in Marokko sollen bei den innerpolitischen Kriegen nicht distanzieren werden, die Diskussion soll auf das „nationale Gebiet“ übergeführt werden. Voraussetzungen sind es eine heftige Kammerversammlung ablegen. Nach dieser Sitzung beschließt Poincaré von Südfrankreich aus im Flugzeug den Kriegsschauplatz in Marokko aufzusuchen, um sich an Ort und Stelle zu informieren, wie er am besten und nützlichsten zu einem „dauernden“ Frieden kommen kann. Das Gerücht geht um, Marschall Pétain werde abgelehnt wegen seiner Mißverhalte.

## Die französische Front durchbrochen

Berlin, 11. Juni. (Tel.unt.) Die Morgenblätter melden aus Paris: Nach den letzten amtlichen Berichten vom marokkanischen Kriegsschauplatz finden überaus heftige Angriffe der Kämpfer in der Nähe von Ulezan statt. Die französische Heeresleitung hat die durch die Entwicklung der Situation sich ergebenden Maßnahmen ergriffen. Es ist den Kämpfern gelungen, an zwei Punkten die französische Front zu durchbrechen.

## Die Lage in China

Peking, 11. Juni. Heute zogen mehrere tausend Studenten vor das Auswärtige Amt. Eine Abordnung verlangte u. a. die Entsendung russischer Truppen nach Schanghai, um das Fremdenviertel zu beschützen. Da die Antwort des Ministers des Auswärtigen Schenkung der Menge nicht befriedigend, zurückgewiesen wurde, so beschloß die Menge, Spiegel und Fenstersteine zu werfen.